

# REVERSE

KRISE DER GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE ?

## Resolution anlässlich des antisemitischen Anschlags in Halle am 09.10.2019

Am 9. Oktober 2019 wurden in Halle zwei Menschen ermordet bei einem rechtsterroristischen Anschlag auf eine Synagoge sowie einen Döner-Imbiss. Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen.

Wie bereits bei vorherigen Terrorakten mischen sich in der Begründung des Tatverdächtigen Antisemitismus, Antifeminismus, Rassismus und Ressentiments gegen linkes Engagement. Angesichts dieser neuen Qualität antisemitischer und rechter Gewalt in Deutschland wird es umso dringlicher, diesem Phänomen etwas entgegen zu setzen und Initiativen zu stärken, die versuchen, diese Entwicklungen zu verstehen und ihnen entgegenzuwirken.

Deshalb beobachten wir mit Sorge, dass es für zivilgesellschaftliche Initiativen, Bildungs- und Forschungsprojekte, die sich mit Fragen von Antisemitismus, Geschlecht, Sexualität, Rassismus, Rechtsextremismus und deren Verschränkungen beschäftigen und/oder Opfer beraten, sehr schwierig ist, staatliche Förderung zu erhalten.

Besonders unverständlich ist es, dass zum Beispiel im Zuge der jüngsten Umstrukturierung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vielen in diesem Bereich tätigen Projekten die ohnehin begrenzte Förderung gestrichen wurde, auch wenn am 9. Oktober die Programm-Mittel wieder aufgestockt wurden. Die Aufstockung umfasst jedoch nur das Jahr 2020. Träger der Zivilgesellschaft können nunmehr keine mittelfristige Projektplanung mehr vornehmen, und die thematische Engführung wurde nicht aufgegeben. Schon in der Vergangenheit war eine Beschäftigung mit Sexismus, Antifeminismus und gleichstellungsfeindlichen Angriffen als zentralen Themen aktueller rechter Mobilisierungen in dieser Förderlinie nicht vorgesehen. Die Begrenzung auf das Jahr 2020 und die Intransparenz über die geplante Verteilung der Mittel machen wenig Hoffnung auf eine ernsthafte Stärkung der Zivilgesellschaft.

Bildungs- und Forschungsprojekte zu den genannten Themenfeldern leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie zur Förderung von Demokratie als Lebensform. **Deshalb fordern wir die Bundesregierung sowie die Landesregierungen auf, ihre Förderpraxis auf den nachhaltigen Aufbau zivilgesellschaftlicher und demokratischer Initiativen auszurichten.**

Marburg, den 09/10.10.2019

Das Team und der wissenschaftliche Beirat des Forschungsprojekts „REVERSE (Krise der Geschlechterverhältnisse? Anti-Feminismus als Krisenphänomen mit gesellschaftsspaltendem Potenzial)“ am Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg

Die Teilnehmenden der Tagung „Antifeminismen. 'Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?“ am 09.-10.10.2019 an der Philipps-Universität Marburg, Abschlusskonferenz des REVERSE-Projekts.